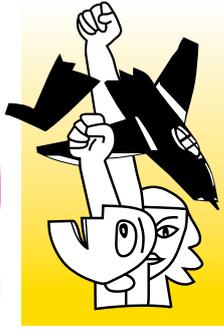


ANTI SIKO DEMO



alles muss sich ändern

GEGEN KRIEG UND UMWELTZERSTÖRUNG!

Aufruf zu Protesten gegen die Münchner Sicherheitskonferenz

SAMSTAG, 15. FEBRUAR 2020 IN MÜNCHEN, 13 UHR STACHUS

Kriegsbrandstifter Trump

und die deutsche Beihilfe zu den Völkerrechtsverbrechen der US-Regierung

Die von US-Präsident Trump befohlene skrupellose Ermordung des iranischen Generals Ghassem Soleimani und seiner hochrangigen irakischen Begleiter in Bagdad war nicht nur ein eklatanter Bruch des Völkerrechts, sondern eine bewusste Kriegsprovokation.

Man stelle sich nur vor, der Iran hätte den US-Verteidigungsminister oder den NATO-Generalsekretär mit einer Drohne ermordet. Trump hätte wahrscheinlich Teheran bombardiert. Dagegen war die Reaktion Irans eher zurückhaltend.

Trump hatte sogar angedroht, im Falle der Vergeltung 52 iranische Ziele anzugreifen. Der irrtümliche Abschuss des ukrainischen Zivilflugzeugs in der Hektik dieser akuten Bedrohungslage und vermeintlichen Abwehrsituation war ein tragischer Fehler im „Krieg per Joystick“, der vom US-Angriff ursächlich mit verschuldet war.

Die Bundesregierung – anstatt den Staatsterrorismus der US-Regierung zu verurteilen – rechtfertigt den Mord und leistet Beihilfe zu den Völkerrechtsverbrechen der US-Regierung.

Sie ist Mittäter, denn ohne die Nutzung der Relaisstation auf der US-Airbase Ramstein könnten die Drohnenangriffe im Nahen und Mittleren Osten gar nicht ins Ziel gesteuert werden.

Auch wenn es vorerst nicht zum heißen Krieg gekommen ist, der US-Konfrontationskurs gegen den Iran wird immer schärfer.

Die Konflikt-Eskalation muss beendet werden

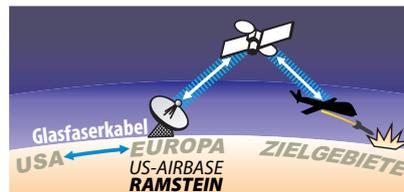
Seitdem US-Präsident Trump im Mai 2018 das Atomabkommen mit Iran einseitig gekündigt hat, haben die USA immer schärfere Sanktionen gegen das Land verhängt. Die US-Sanktionen richten sich insbesondere gegen den Öl- und Bankensektor – die beiden Lebensadern der ira-

nischen Volkswirtschaft. Auch allen anderen Staaten, die sich nicht an die US-Sanktionen halten, werden strenge Strafen abgedroht. Die US-Regierung versucht, Teheran mit „maximalen Druck“ in die Knie zu zwingen.

Deutschland und die EU, die diese Sanktionen mittragen, verlangen jetzt vom Iran, sich weiterhin an die Verpflichtungen aus dem Atomabkommens zu halten. Der Iran soll einseitig alle Auflagen erfüllen, während die westlichen Staaten Iran wirtschaftlich strangulieren.

Deutschland: Militärdrehscheibe für völkerrechtswidrige Kriege

Die Bundesrepublik ist mit mehr als 20 US-Militärbasen die wichtigste militärische Drehscheibe für die völkerrechtswidrigen Kriege der USA. Dazu gehört EUCOM, das US-Hauptquartier für Mittel- und Osteuropa inkl. Russland; das AFRI-COM, die US-Kommando-Zentrale für Militäroperationen auf dem afrikanischen Kontinent; der größte US-Truppenübungsplatz in Europa Grafenwöhr, auf dem die US-Streitkräfte für ihre Kriegseinsätze trainiert werden, und nicht zuletzt die US Air Base Ramstein.



Ramstein ist die größte und wichtigste US-Militärbasis außerhalb der Vereinigten Staaten, Umschlagplatz für die US-Truppen- und die US-Waffentransporte in die Kriegsgebiete. Hier befindet sich auch das Hauptquartier der U.S. Air Forces, die Kommando-Zentrale für die US-Luftwaffenangriffe im Nahen und Mittleren Osten, die Befehlszentrale des US-Raketenabwehr-

schildes in Europa und vor allem, die SATCOM-Relaisstation, die für die illegalen, weltweiten Drohnenkriege der USA von zentraler Bedeutung ist.

Ramstein, die zentrale Leitstelle für Drohnenmorde

Die SATCOM-Relaisstation sorgt für den Datenaustausch zwischen den Drohnenpiloten in den USA und den Kampfdrohnen im Einsatzgebiet. Die ferngesteuerten Drohnen senden ihre Daten via Satellit zur Bodenstation auf dem Stützpunkt Ramstein, wo das Signal empfangen und per Glasfaserkabel in die USA weitergeleitet wird. Die Befehle, die Zieldaten (Targets) werden dann von den US-Drohnenpiloten via Ramstein zurück an die Kampfdrohnen in den Zielgebieten übermittelt. Bei diesen illegalen Drohnen-Einsätzen sind in den letzten Jahren mehr als 7.000 Menschen im Nahen und Mittleren Osten ermordet worden.

„Ohne Deutschland wäre der gesamte Drohnenkrieg des US-Militärs nicht möglich. Es ist egal, wo die Drohnen im Einsatz sind: Immer fließen ihre Daten über Ramstein“, sagte der ehemalige Drohnenpilot Brandon Bryant im Interview mit der Süddeutschen Zeitung am 4. April 2014. Der 28-Jährige war bis April 2011 auf den Luftwaffenstützpunkten in New Mexiko und Nevada stationiert und steuerte von dort aus die US-Drohnen.

Die Bundesregierung aber beharrt bis heute darauf, keinerlei Kenntnis über die Relaisstation in Ramstein zu haben.

- Schluss mit der Unterstützung des Staatsterrorismus der USA.
- Die Bundesregierung muss jegliche deutsche Beihilfe zum völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg der USA beenden.
- Die Air Base Ramstein, alle US-Kommandozentralen und Truppenstützpunkte in Deutschland müssen geschlossen werden.

Wahnsinn > Deutschlands Aufrüstungspläne

Aufgrund der erheblichen Kritik und des Widerstandes aus der Bevölkerung gegen die massiven Aufrüstungspläne und das ursprünglich vorgesehene 2 % Ziel – insbesondere durch die Unterschriftenkampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“, die u.a. von Einzelgewerkschaften, dem DGB und zahlreichen Sozialdemokraten unterstützt wird – hat die Bundesregierung inzwischen die Zielmarke für die Militärausgaben auf 1,5 % des BIP für 2024 reduziert und will den Anteil der Militärausgaben von 2 % des BIP erst im Jahr 2031 erreichen.

Ein Grund zur Beruhigung ist das nicht, denn die Ausgaben für die Bundeswehr und speziell

für neue Waffensysteme werden trotzdem massiv erhöht. Die Bundesregierung hat für 2020 erstmals die bisher höchsten Militärausgaben an die NATO gemeldet: 50,3 Milliarden Euro! Das ist die Summe nach NATO-Kriterien, die höher liegt als die im beschlossenen „Verteidigungsausgaben“ von 45,1 Mrd. Euro für den Bundeshaushalt 2020.

Die jetzt vorgesehene Steigerung auf 2% des BIP bis 2031 bedeutet, dass je nach Wirtschaftswachstum um 1% oder 2% der Militäretat dann auf 77 Mrd. oder gar 85 Mrd. Euro ansteigt.

Und: Während Russland seine Militärausgaben auf inzwischen 61 Milliarden Dollar reduziert

hat, sind die Militärausgaben der NATO-Staaten weiter angestiegen und liegen derzeit 16mal so hoch wie der Militäretat Russlands.

Deutschland und Frankreich treiben die Militarisierung der Europäischen Union voran.

Im letzten Jahr haben beide Regierungen das teuerste europäische Waffenprogramm aller Zeiten beschlossen. Neben der bewaffnungsfähigen Eurodrohne wollen beide Länder ein neues Kampfflugzeugsystem mit Drohnenschwärmen und einen Hightech-Kampfpanzer produzieren. Allein die Entwicklungskosten werden auf jeweils 100 Mrd. Euro veranschlagt.

Mörderisch > Deutsche Rüstungsexporte

Deutschland ist weltweit viertgrößter Rüstungsexporteur. Im Jahr 2019 genehmigte die Bundesregierung so viele Rüstungsexporte wie noch nie. Insgesamt wurden Genehmigungen für Waffenexporte im Wert von 7,9 Milliarden Euro erteilt. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Steigerung um 6,5 %.

Zu den bevorzugten Kunden gehören die Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Ägypten (beide sind Mitglieder der saudischen Kriegsall-

ianz gegen den Jemen). Saudi-Arabien, das den Aggressionskrieg gegen den Jemen anführt, bombardiert mit deutschen Tornado-Kampfflugzeugen die Zivilbevölkerung und wird von Rheinmetall, dem größten Waffenproduzenten Deutschlands – trotz des zeitweiligen Rüstungs-Exportstopps – weiterhin mit Bomben, Granaten und Munition über sein südafrikanisches Tochterunternehmen beliefert.

Zu den Top-Kunden gehörten außerdem Algerien und Katar, denen schwere Menschenrechts-

verletzungen vorgeworfen werden, sowie der türkische Staat, der – trotz seines völkerrechtswidrigen Krieges gegen die Kurden in Nordsyrien – einen Spitzenplatz bei den Rüstungsexporten einnimmt.

Bei der Kooperation mit europäischen Bündnispartnern plädierte Angela Merkel auf der SIKO 2019 für uneingeschränkte Waffenlieferungen. Ohne eine „gemeinsame Kultur der Rüstungsexporte“ sei auch „die Entwicklung gemeinsamer Waffenprojekte gefährdet“.

Bedrohlich > Atomkriegsgefahr in Europa

Nach der Aufkündigung des INF-Vertrages durch die US-Regierung droht jetzt die Neustationierung von US-Mittelstreckenraketen in Europa und damit ein neues atomares Wettrüsten. Und: Es steigt die Gefahr eines Atomkrieges in Europa.

Im INF-Vertrag hatten sich die USA und die Sowjetunion 1987 verpflichtet, auf die Entwicklung, den Besitz und die Stationierung landgestützter Mittelstrecken-Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern zu verzichten.

Mittelstreckenwaffen sind aufgrund ihrer kurzen Vorwarnzeit von wenigen Minuten keine Defensivwaffen, sondern Erstschlagwaffen. Mit in Europa stationierten Mittelstreckenwaffen könnten die USA alle relevanten militärischen und zivilen Ziele in Russland bis weit hinter dem Ural treffen. Umgekehrt aber würden russische

Mittelstreckenwaffen nicht die USA bedrohen, sondern ausschließlich Europa treffen. Europa würde zum atomaren Schlachtfeld werden.

Bereits 2001 hatte US-Präsident Bush den ABM-Vertrag gekündigt. In diesem Vertrag hatten sich die USA und die UdSSR verpflichtet, auf die Errichtung von Raketenabwehr-Systemen zu verzichten. Das Abkommen sollte verhindern, dass bei einem nuklearen Angriff einer Seite die Zweitschlagfähigkeit der Gegenseite durch Abfangraketen außer Kraft gesetzt wird.

Ab 2010 begannen die USA mit der Errichtung der Raketenabwehr in Rumänien und Polen. Hauptaufgabe des Abwehrschildes besteht darin, es den USA zu ermöglichen, Länder ohne Furcht vor einem verheerenden Gegenschlag, militärisch angreifen zu können. Die sogenannten Abfangraketen sind aber nicht nur in der Lage gegnerische Raketen abzuschießen, son-

dern können ebenso gegen russische Bodenziele eingesetzt werden. Voraussetzung dafür ist lediglich die Installierung der entsprechend programmierten Software.

Die Entwicklung zielgenauer neuer Atombomben wie die in Büchel, die Neustationierung von Mittelstreckenwaffen und die schon bestehenden Raketenabwehrsysteme sind Bestandteil des Atomwaffenprogramms der USA, das bereits 2015 unter Präsident Obama begonnen wurde und rund 100 Mrd. Dollar jährlich kostet.

Gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen und die Gefahr eines drohenden Atomkrieges in Europa muss jetzt entschiedener Widerstand entwickelt werden. Deutschland darf sich nicht an dem von den USA provozierten atomaren Rüstungswettlauf beteiligen.

Verhängnisvoll > Der Konfrontationskurs gegen Russland

Ohne Russland als Feind verlöre die NATO ihre Existenzberechtigung, und ohne das Feindbild Russland ließe sich die Hochrüstung Deutschlands und der NATO-Staaten auch gar nicht rechtfertigen.

80 Jahre nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen, stehen heute wieder Bundeswehrtruppen an den Grenzen Russlands. Deutschland ist mit 7000 Soldat*innen an der Schnellen Eingreiftruppe der NATO, der „Response Force, NRF“ mit insgesamt 40.000 Soldat*innen beteiligt. Vier NATO-Bataillone mit je 1000 Soldat*innen sind dauerhaft, aber roulierend in unmittelbarer Nähe zu Russland stationiert. Die NATO verstößt damit gegen ihre eigene Zusage von 1997, keine substantiellen Kampftruppen dauerhaft in Osteuropa zu stationieren.

Ergänzend dazu wurde inzwischen der Aufbau einer 5.000 Mann starken „Ultraschnellen Eingreiftruppe“ (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF) beschlossen.

Die NATO-Truppen in Polen werden von den USA, in Estland von Großbritannien und in Lettland von Polen befehligt, während die Bundeswehr in Litauen das dort stationierte NATO-Bataillon kommandiert. Die Bundeswehr stellt damit nicht nur ein Viertel der Truppen, in der Logistik übernimmt sie auch noch die Führungsrolle.

> US-Kriegsmanöver „Defender 20“

Die Bundeswehr steht gemeinsam mit ihren NATO-Verbündeten in den Startlöchern, um eins der größten Kriegsmanöver seit der Blockkonfrontation durchzuführen. Ziel des US-Manövers „Defender 20“ ist neben der Zurschaustellung militärischer Überlegenheit die Demonstration einer blitzschnellen Verlegung kampfstarker Großverbände aus den USA an die russische Grenze. Rund 26.000 US-GIs werden zwischen Februar und Mai samt Kriegsgerät von den USA über den Atlantik in die osteuropäischen Staaten verlegt, um von dort aus bis an die Grenze Russlands vorzudringen.

Unterstützt wird die Militärübung von rund 11.000 Soldat*innen aus 16 NATO-Staaten.

Monatelang werden dafür Güterzüge durch deutsche Bahnhöfe, Transportkolonnen und Panzer über deutsche Autobahnen rollen. Neben der Transportlogistik geht es bei „Defender 20“ um „Kampf, Kampfunterstützung und Führung“ in Deutschland, Polen und Litauen.

Deutschland dient während des Kriegsmanövers als logistische Drehscheibe. Das militärische Hauptquartier, also das NATO-Unterstützungs-Kommando zur Verlegung von Truppen und Kriegsgerät an die NATO-Ostflanke, hat seinen Sitz im Ulm.

Um Schienennetze, Straßen und Brücken panzertauglich auszubauen, hat die EU bereits 6,5 Milliarden Euro bewilligt.

Die Friedensbewegung mobilisiert bundesweit zu Protesten gegen das US-Kriegsmanöver.

Infos unter: www.antidef20.de

Menschenverachtend > Krieg gegen die Flüchtlinge

Mehr als 19.000 Flüchtlinge sind nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) im Zeitraum von 2014 bis Oktober 2019 im Mittelmeer ertrunken. Ohne die private Seenotrettung läge die Zahl der Opfer noch wesentlich höher. Doch diejenigen, die Menschen vor dem Ertrinken retten, werden kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt.

> Menschenrechte zählen nicht

Deutschland und die EU setzen auf ein brutales Abschottungs-System, auf Abschreckung und auf Abschiebung in Armutsregionen, in Kriegsgebiete und Folterstaaten.

Nach dem Vorbild des Flüchtlingsdeals mit der Türkei finanziert die EU die libysche Küstenwache, die die aufgegriffene Bootsflüchtlinge unter menschenverachtenden Bedingungen in Haftlager einsperrt und sie auf Sklavenmärkten verkauft.

> Verfolgerstaaten als Komplizen der EU

Um Flüchtlinge möglichst weit von Europa fernhalten, kooperiert die EU mit Despoten und diktatorischen Staaten Afrikas, unterstützt und fi-

nanziert deren Militär- und Polizeikräfte. Die Südgrenze der Maghrebstaaten wird quasi zur Außengrenze Europas. Wer bei der »Flüchtlingsabwehr« hilft, bekommt EU-Unterstützung.

Inzwischen sterben bereits doppelt so viele Flüchtlinge auf dem Weg zum Mittelmeer wie auf der gefährlichen Überfahrt nach Europa, be-

richtet der UNHCR-Sondergesandte Vincent Cochetel.

Die Geflüchteten sagen zu Recht: „Wir sind hier, weil Ihr unsere Länder zerstört“. Sie haben das Recht zu kommen, ohne dabei ihr Leben zu riskieren. Sie haben ein Recht auf sichere und legale Fluchtwege nach Europa.

Konstruktiv > Handeln statt Hoffen

„Unser Problem besteht darin, dass Menschen gehorsam sind, dass sich die Gefängnisse wegen Bagatellen füllen, während die großen Verbrecher die Staatsgeschäfte führen.“

Wir leben in Zeiten, in denen die Ordnung, die wir haben zerstörerisch ist. Sie muss gestört werden, weil sonst Menschen sterben. Weil wir sonst zulassen, dass das System mit seinem Glauben an stetiges Wachstum uns etwas raubt, was unglaublich kostbar und unwiederbringlich ist. Weil sie nicht freiwillig damit aufhören werden. Und weil wir nicht hinnehmen können, dass das System dazu führt, dass die Mehrheit im Namen

der Ordnung bestohlen, belogen und unterdrückt wird.

Wir müssen es nur endlich tun, statt weiter zu hoffen, dass wir unser Recht und unsere Zukunft schon bekommen werden, wenn wir es denen, die jetzt noch an der Macht sind, nur Recht machen. Der zivile Gehorsam ist das Problem, nicht der zivile Ungehorsam.“

Das sagt **Carola Rackete**, die als Kapitänin der Sea-Watch 3 Geflüchtete vor dem Tod durch Ertrinken gerettet und die italienische Blockade durchbrochen hat, in ihrem Buch „Handeln statt hoffen – Aufruf an die letzte Generation“.

Aufruf zu den Protesten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz 2020 (Kurzfassung)

Alles muss sich ändern!

Nein zu Krieg und Umweltzerstörung!

Vom 14. bis zum 16. Februar findet die „Münchener Sicherheitskonferenz“ (Siko) statt. Dort treffen sich Staats- und Regierungschefs mit Vertretern von Großkonzernen und der Rüstungsindustrie, mit Militärs, Geheimdiensten und Politikern. Wenn sie von Sicherheit reden, geht es nicht – wie Konferenzleiter Wolfgang Ischinger behauptet – um die „friedliche Lösung von Konflikten“, nicht um die Sicherheit der Menschen hier und nicht um die Sicherheit der Menschen anderswo auf der Welt, sondern um die Vormachtstellung des Westens mit seinem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung von Mensch und Natur basiert.

Profitstreben und wirtschaftliche Erpressungspolitik zerstören ökonomische und ökologische Existenzgrundlagen. Rüstungsexporte und Waffenlieferungen entfalten eine vernichtende Wirkung. Die Kriege der NATO-Staaten dienen der Durchsetzung globaler Macht- und Wirtschaftsinteressen. Sie kosten unzählige Menschenleben, verwüsten ganze Regionen der Erde, rauben künftigen Generationen die Lebensgrundlage und treiben die Menschen massenhaft in die Flucht. In vollem Bewusstsein dieser Folgen

eskalieren die Vertreter der westlichen „Wertegemeinschaft“ weiter.

Wir stellen uns der herrschenden Politik entgegen,

weil es Frieden nur demokratisch, sozial und ökologisch gibt. Alles muss sich ändern! Wir kämpfen für eine solidarische Gesellschaft, in der die Interessen der Vielen und nicht die Profite der Wenigen im Mittelpunkt stehen. – Unser Aktionsbündnis ist Teil der weltweiten Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden. Wir lehnen jede militärische Drohung und jeden Angriffskrieg ab. Wir sagen:

Schluss mit dem brandgefährlichen Konfrontationskurs und den Truppenaufmärschen gegen Russland. Statt Säbelrasseln braucht es Verhandlungen und zivile Konfliktlösung ohne Erpressung und militärische Drohungen. Frieden in Europa kann es nur mit und nicht ohne Russland geben.

Der Aufrüstungswahnsinn muss beendet werden. Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Statt Milliardensummen für die militärische Aufrüstung und Kriegsvorbereitung

zu verschleudern, müssen unsere Steuer-gelder in die Sozialsysteme sowie in das Bildungswesen und in den Klimaschutz investiert werden.

Deutschland darf keinerlei Beihilfe zu völkerrechtswidrigen Angriffskriegen leisten. Die US-Airbase Ramstein, die US-Truppenstützpunkte und alle anderen Kommandozentralen der USA und NATO in Deutschland müssen geschlossen werden.

Schluss mit allen Rüstungsexporten! Die todbringenden Geschäfte der Waffenhändler und Kriegsprofiteure müssen eingestellt und unterbunden werden. Statt Hetze gegen Menschen zu dulden, die vor den mit deutschen Waffen geführten Kriegen fliehen, üben wir Solidarität mit den Geflüchteten.

Deutschland darf sich nicht an der Atomkriegsstrategie der USA beteiligen. Die Bundesregierung darf die Stationierung von Mittelstreckenwaffen nicht genehmigen; sie muss die Stationierung der US-Atomwaffen verbieten und dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.

Für die Einhaltung des Völkerrechts und die Stärkung der Vereinten Nationen (UNO) als Institution gemeinsamer Sicherheit.

Die ausführliche Fassung des Aufrufs mit den aktuellen Unterzeichnern von Organisationen und Einzelpersonen siehe unter: www.sicherheitskonferenz.de

Unterzeichnen Sie bitte unseren Aufruf

Webformular: sicherheitskonferenz.de/Aufruf-unterstuetzen oder per Fax einsenden an: 089 - 168 94 15
In jedem Fall bitte den Namen / Organisation, E-Mail-Adresse, Ort und Beruf angeben! Die Unterstützerliste wird online aktualisiert.

Und unterstützen Sie die Antisiko-Aktionen!

Die Protest-Aktionen, die wir jährlich organisieren, kosten viel Geld. Lautsprecheranlagen, Plakate und Flugblätter wie dieses müssen bezahlt werden. Spenden also großzügig je nach persönlichem Vermögen!

BÜNDNISKONTO Claus Schreer
IBAN: DE 44 700 100 800 348 335 809
BIC: PBNKDEFF - Stichwort: „SIKO 2020“

**Jetzt den Aufruf unterschreiben:
ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN
Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben!**
Hier online unterzeichnen: www.abruesten.jetzt/

Herausgegeben 2020 vom Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Claus Schreer, Johann-von-Werth-Str. 3
80369 M., Eigendruck i. Selbstverl., Titelgrafik: Thomas J. Richter, Gestaltung: Wob

ANTI SIKO DEMO



13⁰⁰ Uhr Auftaktkundgebung am Stachus

14⁰⁰ Uhr **DEMONSTRATION & PROTESTKETTE**

15⁰⁰ Uhr Schlusskundgebung Marienplatz

Sa, 15. Februar 2020

Details zum Programmablauf entnehmen Sie bitte unseren Websites:

www.sicherheitskonferenz.de ● www.antisiko.de

MILITÄRAUSGABEN 2018 IM VERGLEICH NATO – China – Russland (in Milliarden \$)



Die Militärausgaben der NATO-Staaten stiegen im Jahr 2018 auf mehr als das 16,5-fache der Ausgaben Russlands und lagen um das vierfache über den Militärausgaben Chinas.

Quelle: Sipri, statista.com, NATO-Angaben

UMZINGELUNG DES TAGUNGSHOTELS DER NATO-KRIEGSSTRATEGEN

